

SAFER WORLD is a private independent international internet information network

www.safer-world.org

newsletter 69 / 17. 07. 2004

CHEMIKALIEN – PC - PHENOL

Giftiges Phenol in Monitoren gefunden! Computer Bild - 13.06.04

Hamburg (ots) - Manche Computermonitore geben im Betrieb zu hohe Mengen der gefährlichen Chemikalie Phenol an die Raumluft ab. Das ergab ein Test der Zeitschrift COMPUTERBILD (ab 14. Juni im Handel). Phenol steht im Verdacht, Krebs zu verursachen. Von acht getesteten 17-Zoll-Monitoren (vier Röhrengeräte, vier Flachbildschirme) lagen drei Röhrenmodelle deutlich über dem vom Berufsgenossenschaftlichen Institut für Arbeitsschutz (BIA) vorgeschlagenen Grenzwert. Demnach darf ein Gerät nicht mehr als 100 Mikrogramm Phenol pro Stunde an die Raumluft abgeben.

COMPUTERBILD ermittelte zusammen mit der Landesgewerbeanstalt Bayern (LGA) deutlich höhere Werte: Der Bildschirm "Syncmaster 753s" von Samsung stieß nach den ersten sechs Betriebsstunden 221 Mikrogramm Phenol pro Stunde aus. Das Philips-Modell "107E50" kam auf 146 Mikrogramm Phenol pro Stunde. Der Monitor "VL700T" von Hersteller CTX lag bei 142 Mikrogramm im gleichen Zeitraum. Die flüchtige organische Verbindung Phenol steht nicht nur im Verdacht, Krebs zu erzeugen. Der stinkende Dampf löst bei empfindlichen Menschen auch Kopfschmerzen und Müdigkeit aus.

ots Originaltext: Computer Bild Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de> URL steht nicht mehr zur Verfügung. /story.htx?firmaid=51005
<http://www.presseportal.de/story.htx?nr=565459>

=====

CHEMIKALIEN – WEICHMACHER

23.06.04 Giftige Weichmacher deutscher Firmen in Medizinprodukten / BUND und HCWH fordern strengere Richtlinien

Berlin (ots) - In ganz Europa werden Krankenhauspatienten, darunter auch besonders empfindliche Neugeborene, unnötig den Gefahren des Weichmachers DEHP (Di-ethyl-hexyl-phthalat) ausgesetzt. Das ist das Ergebnis einer Studie, die der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) zusammen mit der internationalen Gesundheitsorganisation Health Care without Harm (HCWH) vorgelegt hat. Der Schadstoff sei in medizinischen Produkten aus PVC wie Infusionsschläuchen und Blutbeuteln enthalten und könne den Hormonhaushalt und die Fortpflanzungsfähigkeit des Menschen schwer stören.

Gerhard Timm, BUND-Bundesgeschäftsführer: "Was in Lippenstiften, Shampoos und Babyrasseln verboten ist, gehört auch nicht in Infusionsschläuche für Frühgeborene. Besonders Schwangere und Kleinkinder müssen unverzüglich vor giftigen Weichmachern in medizinischen Geräten geschützt werden. Eine europäische Strategie zur Reduktion von DEHP-Weichmachern liegt seit Jahren in der Schublade, wird aber auf Druck der Chemieindustrie zurückgehalten. Die Bundesregierung soll sich dafür einsetzen, dass die EU-Richtlinie für medizinische Produkte geändert wird und giftige Weichmacher nicht mehr verwendet werden dürfen, wenn Alternativen vorhanden sind."

Untersucht wurde der DEHP-Gehalt in 48 medizinischen Produkten, vor allem in Schläuchen und Beuteln für die Infusion von Sauerstoff, Blut, Nahrung und Medikamenten. Die Proben kamen meist aus

Neugeborenen- und Kinder-Abteilungen von Kliniken in Deutschland, Frankreich, Österreich, Polen, Schweden, Spanien und der Tschechischen Republik. Mit einer Ausnahme enthielten alle der 40 getesteten Produkte aus PVC DEHP-Mengen von 17 bis 41 Prozent ihres Gewichts. Die Hälfte der Produkte stammt von Firmen mit Sitz in Deutschland, darunter B. Braun Melsungen, Dahlhausen, Fresenius und Galmed. Die Studie zeigt auch, dass einige Krankenhäuser in Österreich, Schweden, der Tschechischen Republik und den USA bereits begonnen haben, auf PVC-freie Produkte umzustellen.

DEHP ist bekannt für seine giftige Wirkung auf das Fortpflanzungssystem, vor allem beim männlichen Geschlecht. Es kann zu Veränderungen in den Hoden, verringerter Fruchtbarkeit und geringerer Spermienproduktion der Nachkommen führen. Auch Geburtsfehler und Fehlfunktionen in den Eierstöcken bei Mädchen wurden beobachtet. Neugeborene, Kinder vor der Pubertät und schwangere Frauen bilden die empfindlichste Patientengruppe. Tierversuche haben gezeigt, dass DEHP für sich entwickelnde Föten besonders schädlich ist.

Patricia Cameron, BUND-Chemieexpertin: "DEHP ist kein Einzelfall. Giftige Stoffe stecken in vielen Alltagsgegenständen, von der Regenjacke über Fastfood-Verpackungen bis zu Computergehäusen. Jedes Jahr werden Zehntausende von Chemikalien verarbeitet, über deren

Gesundheits- und Umweltrisiken viel zu wenig bekannt ist. Selbst wenn sie sich nachweislich im Körper anreichern und Gesundheitsschäden verursachen, ist es schwer, sie zu verbieten. Die geplante Reform des europäischen Chemikalienrechts könnte das ändern, wenn die Politik sich nicht von der Wirtschaft einschüchtern ließe. Wir brauchen ausreichende Sicherheitsdaten über alle auf dem Markt befindlichen Chemikalien. Besonders gefährliche Stoffe müssen aus dem Verkehr gezogen und durch unbedenkliche ersetzt werden."

Die englische Fassung der Studie wird heute von Health Care Without Harm am Rande der 4. Ministerkonferenz für Umwelt und Gesundheit in Budapest vorgestellt.

Deutsche Zusammenfassung der Studie im Internet unter:

http://www.bund.net/lab/reddot2/pdf/higru_krankenhausstudie.pdf

ots-Originaltext: BUND. Digitale Pressemappe:

<http://www.presseportal.de/story.htx?firmid=7666>

Kontakt: Patricia Cameron, BUND-Chemikalienexpertin, BUND-Pressestelle, Philipp Prein,

E-Mail: presse@bund.net, Internet: <http://www.bund.net>

Mehr zur BUND-Kampagne für eine vorsorgende europäische Chemikalienpolitik (REACH)

unter: <http://www.bundgegengift.de>

Mehr zu Health Care Without Harm unter:

<http://www.hcwh.org> <http://www.presseportal.de/story.htx?nr=568852>

Anmerkung Scherrmann: Ich kann nur sagen: Endlich wird angefangen, diese Thematik zu diskutieren. Auch das ist ein Punkt, auf den MCS-Kranke und einige wenige Aerzte schon seit Jahren hinweisen und meist als Spinner abgetan wurden/werden. Wieviel Geld, unnoetige Forschung, unnoetige Krankheiten liessen sich vermeiden, wenn die Hinweise von Menschen mit Chemical Sensitivities ernst genommen wuerden.

=====

EMF

Vom Umweltinstitut München e.V. - Newsletter vom 17. Juni 2004

Zwei parlamentarische Initiativen wollen in der Schweiz ein UMTS-Moratorium erwirken, bis die gesundheitlichen Strahlenrisiken der neuen Funktechnologie abgeklärt sind.

Philipp Roch, Direktor des Schweizer Umweltamts fordert „eine einschneidende Verschärfung der Immissionswerte“ und gibt zu bedenken, „ob sich die Investitionen der Netzbetreiber nicht als verfehlt erweisen“, falls sich mit der Schweizer Studie die Resultate der holländischen TNO-Untersuchung bestätigen sollten. Weitere Infos:

<http://www.umweltinstitut.org/frames/all/m400.htm>

Redebeitrag des Umweltinstitut München e.V. auf der Protestveranstaltung zur Einweihung des Garching Forschungsreaktors

<http://www.umweltinstitut.org/frames/all/m398.htm>

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.
Gärtnergasse 16 55116 Mainz:

Der Tagungsband des Mobilfunksymposiums vom 12. Juni 2004 - "Wissenschaft im Widerstreit" - als auch die neue BUND-Broschüre "Streitfall Mobilfunk. Leitfaden für Initiativen" können jetzt als pdf heruntergeladen werden von www.bund-rlp.de, unter Publikationen

Von Elektrosmognews: www.elektrosmognews.de

Meldung der Woche: Sunday Times, England vom 27. Juni 2004 **Handys können die Fruchtbarkeit von Männern um 30% reduzieren**

Jonathan Leake, Wissenschaftlicher Autor

Forschungen an der Fruchtbarkeit von Männern, die regelmässig ein Handy tragen und verwenden zeigen auf, daß die Anzahl ihrer Spermien um bis zu 30% verringert sein kann, was die Chancen einer Befruchtung reduziert.

Die Studie ist die erste, die darauf hinweist, daß die männliche Fruchtbarkeit durch die Strahlung, die durch Handys ausgesendet wird, beschädigt werden könnte. Von Männern, die ein Handy am Gürtel oder in der Hosentasche tragen, wird angenommen, dass sie das höchste Risiko haben, was eines Tages zu der Empfehlung führen könnte, das Handy in einer Tasche oder Mappe und entfernt von gefährdeten Körperstellen zu tragen. ...

Schlussfolgerungen: Der verlängerte Gebrauch von Mobiltelefonen könnte einen negativen Effekt auf die Spermatogenese und die männliche Fruchtbarkeit haben, der vermutlich sowohl die Konzentration als auch die Motilität verschlechtert. Weitere kontrollierte randomisierte Studien sind nötig, um die Korrelationskoeffizienten zu präzisieren.

Quelle: : Fejes, Z. Závaczki, J. Szöllösi, S. Koloszá, L. Kovács, A. Pál University of Szeged, Obstetrics and Gynaecology, Szeged, Hungary

Kommentar der Elektrosmognews:

Diese Studie hat auch schon einen Vorläufer, der zu den gleichen Ergebnissen kam. Der Einfluss elektromagnetischer Wellen auf die Spermienmotilität

<http://www.hese-project.org/de/emf/Studien/Liste/index.php?lang=de&target=Liste>

"Verbraucher Initiative" startet Elektrosmog-Portal. Die Verbraucher Initiative hat ein neues Portal zu den Auswirkungen elektromagnetischer Wellen gestartet. Nach Angaben der Organisation verbindet forum-elektrosmog.de[1] unter anderem Informationen über die SAR-Werte von Handys mit Basisinformationen über die Quellen und Wirkungen alltäglicher Elektrosmog-Belastungen sowie konkrete Tipps zur Vorsorge.

URL dieses Artikels: <http://www.heise.de/newsticker/meldung/48673>

Eine weitere Pressemeldung zum Elektrosmog-Portal:

http://anbieterwechsel.strom-magazin.de/news/news_weiter_lesen_11864.html

<http://www.forum-elektrosmog.de/>

HR hessen fernsehen - hessen aktuell: **TV-Bericht IZMF Meßergebnisse in Hessen**

Im 1 1/2 minütigem TV-Bericht wurden massive Antennenanlagen auf Hochhäusern dargestellt und zum Ausdruck gebracht, daß die in 24 hessischen Städten erzielten Messergebnisse an über 100 Meßpunkten alle weit unter den Grenzwerten lägen; die Daten haben konkret bei 0,1% unterhalb der Grenzwerte gelegen, lediglich mit der Ausnahme der Messung in Hanau auf einem Balkon, da hätte der Wert 1,3% ergeben.

Lt. IZMF sei damit Entwarnung gegeben! Im Pressebericht des Hanauer Anzeigers vom

28.05.04 erfolgt allerdings im letzten Absatz des Artikels die Bestätigung

http://www.hese-project.org/InternationalLink/germany/Elektrosmog_eV/index.php?lang=de

Links:

www.funksignal-taucha.de Eine neue Homepage aus Sachsen hat ihren Betrieb aufgenommen

<http://www.gigahertz.ch> Dachorganisation für Elektrosmog-Betroffene in der Schweiz

<http://cropfm.mur.at> Eine interessante Seite aus Österreich

<http://www.izgmf.de> Informationszentrum gegen Mobilfunk

=====

GENTECHNIK – LANDWIRTSCHAFT

NABU und BUND begrüßen Gentechnikgesetz / Gentechnikfreie Landwirtschaft besser geschützt

Berlin (ots) - Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und der Naturschutzbund NABU haben das heute im Bundestag von SPD und Grünen verabschiedete Gentechnikgesetz grundsätzlich begrüßt. Die Umweltverbände zeigten sich insbesondere über die Einrichtung eines öffentlichen Bundesregisters erfreut, das künftig grundstücksgenau Auskunft über den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen geben soll.

"Durch die Neufassung des Gesetzes konnten eine Blockade der unionsgeführten Länder im Bundesrat umgangen und wesentliche Punkte verbessert werden", sagte NABU-Präsident Olaf Tschimpke.

"Das öffentliche Register ist ein geeignetes Instrument für mehr Transparenz bei der Agro-Gentechnik", sagte die BUND-Vorsitzende Angelika Zahrt. "Jetzt können Bauern, Imker,

Anwohner und alle anderen Interessierten über das Internet erfahren, wo sich Felder mit gentechnisch veränderten Pflanzen befinden."

Positiv bewerteten die Verbände auch, dass künftig die spezifischen Erkennungsmarker für gentechnisch veränderte Organismen im Register veröffentlicht würden. Die Marker seien die Grundlage, um die Ausbreitung gentechnisch veränderter Organismen in Landwirtschaft und Natur nachvollziehen zu können. Wenn sich herausstelle, dass sich eine Gentech-Pflanze unkontrolliert verbreite und ökologische Schäden verursache, müsse der Anbau umgehend gestoppt werden. Ökologisch sensible Gebiete würden durch eine Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes zusätzlich geschützt.

BUND und NABU kritisierten jedoch das eingeschränkte Mitspracherecht des Bundesamtes für Naturschutz (BfN) bei der Zulassung und Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen. Gerade beim kommerziellen Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen sei es wichtig, das Urteil einer naturschutzfachlichen Instanz einzuholen. Die Gefährdung von Natur und Landwirtschaft durch die Agro-Gentechnik erfordere zwingend die Mitsprache von Naturschutz-Experten.

ots-Originaltext: BUND, Digitale Pressemappe:

<http://www.presseportal.de/story.htx?firmaid=7666>

Kontakt: Steffi Ober, NABU-Gentechnikexpertin, Tel. 030-49500-757, Heike Moldenhauer, BUND-Gentechnikexpertin, Tel. 030-27586-456, Mobil: 0179-8138088 Rüdiger Rosenthal, BUND-Pressesprecher: Tel. 030-27586-425, Fax: -449 E-Mail: presse@bund.net Internet: www.bund.net

Und zur Information die Pressemitteilung von der anderen Seite:

16.06.04 Schlimmes Signal für den Standort Deutschland: Regierung bricht den Dialog um die Grüne Gentechnik ab Frankfurt (ots) - Mit der Aufteilung des Gentechnikgesetzentwurfs in zwei Teile nimmt die Bundesregierung dem Bundesrat das politische Mitspracherecht in wichtigen Gesetzesfragen zur Erforschung, Entwicklung und zum praktischen Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen in Deutschland. Die Deutsche Industrievereinigung Biotechnologie (DIB) ist tief enttäuscht darüber, dass die Regierungskoalition damit dem politischen Dialog über die Novellierung des Gesetzes zur Umsetzung der EU-Freisetzungsrichtlinie die Basis entzieht.

Wie der Umwelt-Ausschuss des Bundestages auf Grundlage der Mehrheitsverhältnisse von Rot-Grün heute in Berlin vereinbart hat, wird es künftig einen Gesetzesteil geben, bei dem der Bundesrat einbezogen werden muss, und einen, der - an den Ländern vorbei - allein von der rot-grünen Bundesregierung beschlossen wird. Doch gerade dieser Teil umfasst wichtige Bestimmungen, wie die Grüne Gentechnik in Deutschland künftig praktisch angewendet werden könnte. Wer beispielsweise im Schadensfall haftet oder wie ein Anbauregister gentechnisch veränderter Pflanzen aussehen soll, kann die Bundesregierung nun im Alleingang beschließen. Aus Scheu vor der politischen Debatte, wie Dr. Ricardo Gent, Geschäftsführer der DIB, vermutet. "Mit diesem Vorgehen entmündigt die Bundesregierung die Bundesländer. Sie zieht sich aus dem notwendigen politischen Dialog zu wichtigen Fragen der Grünen Gentechnik zurück und macht Kooperation unmöglich."

Die Regierung hatte im Februar einen Gesetzentwurf zur Gentechnik vorgelegt, der in vielen Punkten über die Vorgaben der EU-Richtlinie hinausgeht, unpraktikabel ist und Innovationen hemmt. Mit mehr als 100 Änderungsanträgen hatten die Länder den Entwurf daraufhin im Bundesrat zurückgewiesen. Indem die Bundesregierung die Zustimmung durch den Bundesrat nun im zweiten Schritt umgeht, kann eine Kooperation mit den Bundesländern gar nicht erst zustande kommen. Ein verhängnisvolles Signal für den Innovationsstandort Deutschland.

Die DIB ist die Biotechnologie-Vereinigung des Verbandes der Chemischen Industrie und seiner Fachverbände. Sie vertritt die Interessen von über 200 deutschen Biotech-Unternehmen.

ots Originaltext: Verband der Chemischen Industrie e.V. URL steht nicht mehr zur Verfügung.

Kontakt: Dr. Ricardo Gent, Telefon: 069 2556-1459 E-Mail: gent@vci.de

21.06.04

Wissenschaft bestätigt: Kein Übergang von Gentechnik in Milch (Hervorhebungen Scherrmann)

Bonn (ots) - In einer Pressemitteilung vom 21.6.2004 erweckt die Umweltorganisation Greenpeace fälschlicherweise den Eindruck, dass Gentechnik über die Fütterung in die Milch gelangen würde. Dies entspricht jedoch nach Auffassung des Milchindustrie-Verband (MIV) nicht den Tatsachen. Die von Greenpeace bezeichneten Einzeluntersuchungen werden von **Wissenschaftlern** abgelehnt. Diese Milchproben waren unkontrollierte, privat gezogene Proben, die nicht Bestandteil einer wissenschaftlichen Studie waren.

Anschließende **wissenschaftlich kontrollierte Untersuchungen** ergaben keinerlei Hinweise auf den Übergang transgener DNA aus Bt-Mais in Milch. Dies bestätigen Prof. Meyer (Forschungszentrum TU München) und Prof. Einspanier (Freie Universität Berlin). Sie weisen auf folgendes hin: "In kontrollierten Studien wurden nach Verfütterung von gentechnisch veränderten Futtermitteln weder in Geweben der Kuh noch in Milch Spuren der transgenen Bt-DNA nachgewiesen." Es ist **wissenschaftlich national und international auf Basis kontrollierter Studien** unbestritten, dass sich die gewonnene Milch nach Verfütterung von transgenen Futtermittelkomponenten nicht von Milch unterscheidet, die nach Verfütterung von unveränderten Komponenten gewonnen wurde. Damit bleibt es bei der **wissenschaftlichen Feststellung**, dass GVO aus Futtermitteln nicht in die Milch übergehen und damit die von Greenpeace behauptete "Gen-Milch" nicht existiert.

Generell nimmt die Milchindustrie die Wünsche und Anforderungen der Verbraucher sehr ernst und steht in der Verpflichtung, sichere und qualitativ hochwertige Erzeugnisse zur Verfügung zu stellen. Dr. Gisela Runge, geschäftsführende wissenschaftliche Leiterin beim MIV: "Hier scheint durch die Greenpeace-Aktivität **bewusst Verunsicherung in die Verbraucherschaft** getragen zu werden - **obgleich es dafür fachlich keinerlei Anlass** gibt. Mehr **Sachlichkeit auf wissenschaftlicher Basis** ist auch bei der Gentechnik zu fordern."

Der Milchindustrie-Verband e.V. (MIV) repräsentiert circa 90 leistungsstarke, mittelständische Unternehmen. Diese stellen mit einem Jahresumsatz von rund 20 Milliarden Euro den größten Bereich der deutschen Ernährungsindustrie dar.

ots Originaltext: Milchindustrie-Verband (MIV) Digitale Pressemappe: http://presseportal.de/URL_steht_nicht_mehr_zur_Verfuegung_/story.htx?firmaid=33684

Pressekontakt: Milchindustrie-Verband e.V. Dr. Gisela Runge, Godesberger Allee 157, 53175 Bonn, Email: runge@milchindustrie.de

Anmerkung Scherrmann: Ich habe diese Pressemitteilung hier aufgenommen, weil sie ein Paradebeispiel fuer die Argumentation der Industrie ist: Es wird meistens mit gleich lautenden Worten argumentiert. Beim naeheren Hinsehen zeigt sich jedoch fast immer, dass die vorgetragenen Studien erhebliche Maengel haben, meist nicht ergebnisoffen angelegt sind, zu wenige Parameter, nur kurze Zeitintervalle etc. einbeziehen. Dies dann als „die Wissenschaft“ zu bezeichnen ist zwar gebraeuchlich, aber irrefuehrend und misskrediert „die Wissenschaft“.

=====

GENTECHNIK – PATENTIERUNG

Presseerklärung vom 15. Juni 2004 **Zur heutigen Entscheidung des Europäischen Patentamts in München: Umweltschützer fordern Verbot von Patenten auf Leben**

Vor dem Europäischen Patentamt in München hat heute die letztinstanzliche Verhandlung über das umstrittene Genpflanzen-Patent EP 275957 des Bayer-Konzerns begonnen. Das Patent bezieht sich auf gentechnisch veränderte Pflanzen wie Reis, Raps und Mais. Nach Ansicht der Beschwerdeführer verstößt das Patent gegen die guten Sitten und umfasst zudem den Schutz von Pflanzensorten, was nach Maßgabe der Patentrichtlinie der Europäischen Union unzulässig ist.

Die Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG) unterstützt die Klage. Philipp Mimkes, Sprecher des Vereins: "Ungeachtet aller Risiken versucht der Bayer-Konzern, die grüne Gentechnik im Markt durchzusetzen - hierbei spielen Patente eine zentrale Rolle. Dabei haben sich die Ankündigungen der Konzerne, mittels Gentechnik das Welthunger-Problem zu lösen oder den Verbrauch von Agrogiften zu verringern, als bloße Produkteinführungskampagnen erwiesen." Der Verein fordert Bayer auf, aus der Produktion von gentechnisch veränderten Pflanzen vollständig auszusteigen.

Allein in Europa wurden bislang rund vierhundert Patente auf Saatgut erteilt. Derartige Patente bringen Landwirte in aller Welt in direkte Abhängigkeit von multinationalen Konzernen und stellen daher eine Gefährdung der Welternährung dar. Die Firmen Bayer und BASF halten rund die Hälfte der in Europa erteilten Patente auf Saatgut. Bayer gehört neben Monsanto, Dupont und Syngenta zu den weltweit größten Saatgutkonzernen.

Mehrere europäische Regierungen weigerten sich, den durch das Bayer-Patent geschützten Gen-Raps zum Anbau zuzulassen. Mehrjährige Tests hatten gezeigt, dass Gen-Raps die biologische Vielfalt gefährdet.

Der Einspruch gegen das Bayer-Patent wurde 1993 von der Münchner Initiative "Kein Patent auf Leben!" eingereicht. Greenpeace unterstützt den Einspruch vor der Beschwerdekammer durch rechtliche Expertise. Der Ausgang des Verfahrens kann Einfluss auf das Patentgesetz in Deutschland haben, da der Bundestag noch dieses Jahr die Patentrichtlinie 98/44 der Europäischen Union umsetzen will.

Die Coordination gegen BAYER-Gefahren fordert, dass Gene, Pflanzen, Tiere, und Teile des menschlichen Körpers nicht patentiert werden dürfen. Auch Greenpeace, die deutsche Ärztekammer und der Deutsche Bauernverband fordern ein vollständiges Verbot der Patentierung von Pflanzen.

Weitere Informationen:

BAYERs Griff nach dem Leben

(http://www.cbgnetwork.org/Übersicht/Zeitschrift_SWB/SWB_2002/SWB_03_2002/Genpatente_03_02/genpatente_03_02.html)

Presseerklärung von Greenpeace: www.Greenpeace.de

=====

INDUSTRIE

Von *Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V.* 21. Juni 2004 **Kooperationsvertrag von Bayer und UN-Umweltprogramm UNEP „Deckmäntelchen für Umweltzerstörer“**

Der Bayer-Konzern unterzeichnet heute in Leverkusen einen Kooperationsvertrag mit der UN-Umweltorganisation UNEP. Über einen Zeitraum von drei Jahren will Bayer jährlich eine Million Euro für das UNEP-Programm „Jugend und Umwelt“ bereitstellen. Schwerpunkt der Zusammenarbeit soll die Region Asien-Pazifik sein.

Hierzu Philipp Mimkes von der *Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V.*: „Bayer hat – wie jedes multinationale Unternehmen – kein „grünes Gewissen“ sondern Profitinteressen. Über seine Lobbyverbände bekämpfte der Konzern bislang jedes Umweltabkommen – vom Kyoto-Protokoll zum Klimaschutz bis hin zum neuen EU-Chemikalienrecht. Für den Umweltschutz bedeutet es einen großen Rückschlag, wenn sich Konzerne wie Bayer ein grünes Deckmäntelchen mit der Aufschrift „UNO“ umhängen dürfen.“ Mimkes erinnert daran, dass Bayer eine große Zahl hochgefährlicher Stoffe herstellt: Uralt-Pestizide auf Phosphorsäureester-Basis, hormonschädigende Substanzen wie Bisphenol A, Weichmacher, Phosgen, etc. „Die Unterstützung der UNEP ist für Bayer eine reine Werbemaßnahme – billiger und unverbindlicher ist ein gutes Firmen-Image nicht zu bekommen“, so Mimkes weiter.

Bereits vor vier Jahren gehörte Bayer zu den Unterzeichnern des *UN Global Compact*, in dem sich mehr als 100 Unternehmen zu Umweltschutz, Arbeitssicherheit und Menschenrechten bekennen. Doch auch beim *Global Compact* legt die UNO keine noch so niedrige Messlatte an: alle Unternehmen – vom Hersteller von Atomkraftwerken bis hin zu Ölkonzernen – dürfen teilnehmen. Nach der Unterzeichnung durch das jeweilige Unternehmen erfolgt keinerlei Überprüfung, alle Übereinkünfte sind unverbindlich.

„Besonders paradox ist der Asien-Schwerpunkt der Kooperation von Bayer und UNEP“, so Philipp Mimkes weiter. Bayer bemüht sich in Asien intensiv um Zulassungen für gentechnisch veränderten Reis. Doch die Einführung von Gen-Reis hätte dramatische Konsequenzen: Reis ist für 2,5 Milliarden Menschen das Hauptnahrungsmittel. Millionen Bauern, die bislang durch Tausch und Eigenzüchtungen ihr Saatgut selbst produzieren, würden in Abhängigkeit von multinationalen Konzernen geraten. Durch den bereits in der „grünen Revolution“ beobachteten Konzentrationsprozess würden Millionen Landwirte ihre Existenz verlieren und in die Elendsgebiete rund um die Metropolen abwandern.

Lokal angepasste Reissorten würden durch Hohertragssorten verdrängt, was zu erhöhten Schädlingsaufkommen, verstärktem Einsatz von Pestiziden und einer Verringerung der Artenvielfalt führt. Die Verdrängung lokaler Sorten kann langfristig zu großen Problemen bei der Bekämpfung von Reis-Krankheiten führen. Studien haben zudem nachgewiesen, dass Auskreuzungen von Gen-Reis auch naturbelassene Sorten kontaminieren. „Die UNEP sollte keine Partnerschaft mit einem Unternehmen eingehen, dessen Produkte die weltweite Ernährungssicherheit gefährden“, so der Sprecher der *Coordination gegen BAYER-Gefahren*.

Bayer rühmt sich des UN Engagements auf seiner homepage und in zahlreichen Werbebroschüren. Sogar im Bayer-Geschäftsbericht wurde ein Grußwort von Kofi Annan

abgedruckt – mit Foto und UN-Logo. Der internationale Umweltverband *Friends of the Earth* beklagt daher eine „schleichende Übernahme der Vereinten Nationen durch die Privatwirtschaft“ und befürchtet, dass „auf Freiwilligkeit beruhende Abkommen die Verabschiedung bindender Regeln verhindern“.

Eine ausführliche Analyse der Zusammenarbeit von UNO und Bayer lesen Sie in unter „Der Ausverkauf der Vereinten Nationen“ unter http://www.cbgnetwork.org/Übersicht/Zeitschrift_SWB/SWB_2002/SWB_03_2002/UN_Ausverkauf_03_02/un_ausverkauf_03_02.html

dazu die Pressemitteilung der UNEP (zur Information): 21.06.04 **UNEP-Exekutivdirektor Prof. Klaus Töpfer und Bayer-Vorstandsvorsitzender Werner Wenning unterzeichnen Kooperationsvertrag:** Leverkusen (ots) Bayer und UNEP engagieren sich gemeinsam für weltweite Jugend-Umwelterziehung. Der Leverkusener Bayer-Konzern wird als erstes Wirtschaftsunternehmen Partner des Umweltprogramms der Vereinten Nationen im Bereich Jugend und Umwelt. Eine entsprechende Vereinbarung unterzeichneten Prof. Klaus Töpfer, Exekutivdirektor des United Nations Environment Programme (UNEP), und Bayer-Vorstandsvorsitzender Werner Wenning heute in Leverkusen. Das Abkommen sieht vor, dass Bayer für die Förderung der Jugend-Umweltarbeit im Rahmen der Partnerschaft mit UNEP über einen Zeitraum von zunächst drei Jahren Sachleistungen und zusätzliche Finanzmittel in Höhe von einer Million Euro pro Jahr bereitstellt. "Als forschungsorientiertes Unternehmen legt Bayer traditionell großen Wert auf die Unterstützung der naturwissenschaftlichen Ausbildung junger Menschen", erklärte Werner Wenning. "Wir engagieren uns daher seit vielen Jahren auch im Bereich Jugend und Umwelt. Im Rahmen unserer internationalen Zusammenarbeit mit UNEP wollen wir daher eine Reihe von Programmen voranbringen, die konkret darauf abzielen, das Umweltbewusstsein von Jugendlichen zu stärken und ihr Umweltwissen auszubauen. Dies ist gerade in Ländern sinnvoll, in denen der Umweltschutz bislang noch keinen so hohen Stellenwert hat wie in Deutschland."

Der ehemalige deutsche Umwelt-Minister und heutige UNEP-Chef Prof. Dr. Klaus Töpfer hat bereits seit langem Erfahrung in der Zusammenarbeit mit Bayer. "Ich freue mich, dass Bayer uns dabei unterstützt, die Jugend für die Sache des Umweltschutzes zu begeistern. Bayer ist ein ganz besonders guter Partner für diese Aufgabe, denn das Engagement des Konzerns in diesem Bereich ist sicherlich ein hervorragendes Beispiel, wie wir in einem partnerschaftlichen Ansatz mit einem Wirtschaftsunternehmen etwas für die Jugend und den Umweltschutz bewegen können."

Bayer und UNEP arbeiten in der Region Asien-Pazifik bereits seit vielen Jahren im Rahmen von Einzelprojekten zusammen. Auf Basis des heute geschlossenen Kooperationsabkommens wollen die Vertragspartner bereits laufende Projekte intensivieren, erfolgreiche Initiativen auf weitere Länder übertragen und neue Projektideen entwickeln. Im Mittelpunkt der Zusammenarbeit steht das Umweltbotschafter-Programm "Young Environmental Envoy", in dessen Rahmen junge Menschen bei Bayer über verschiedenste Formen des Umweltschutzes und der Nachhaltigkeit informiert werden, um dieses Wissen dann in ihrer Heimat weitergeben zu können. Weitere Initiativen für Kinder, Schüler und Studenten, lokale Umweltsforen sowie ein im letzten Jahr erstmals ausgerichteteter Medien-Umweltpreis für junge Journalisten gehören ebenfalls zum Aktivitäten-Spektrum, das im Laufe der kommenden Jahre ausgebaut werden soll. Schwerpunkte der Kooperation bilden die Regionen Asien-Pazifik, Lateinamerika und Mittelost-Europa.

"Ich bin überzeugt, dass wir mit unserem Kooperationsansatz ein hervorragendes Beispiel für eine weitblickende Zusammenarbeit im Bereich Jugend und Umwelt setzen", bekräftigte Werner Wenning das Engagement von Bayer. "Denn der Umweltschutz ist und bleibt ein zentrales Thema, für das wir uns über Grenzen und Generationen hinweg einsetzen müssen. Mit unserem Engagement für die Jugend-Umweltarbeit investieren wir hier im besten Sinne von Sustainable Development in die Zukunft." Wenning unterstrich das Bekenntnis von Bayer zur nachhaltigen Entwicklung. "Wir versuchen, Ökonomie, Ökologie und gesellschaftliches Engagement in Einklang zu bringen. Allerdings werden nur Firmen, die im Wettbewerb bestehen und ökonomisch stark sind, auf Dauer ihren ökologischen Beitrag leisten können." Bayer unterstützt derzeit weltweit mehr als 300 soziale Projekte.

Bayer-Nachhaltigkeitsbericht 2004: Umweltschutz-Ziele deutlich übererfüllt Dr. Udo Oels, im Bayer-Vorstand verantwortlich für Innovation, Technologie und Umwelt, stellte den Nachhaltigkeitsbericht des Unternehmens vor, der den früheren Umweltbericht des Konzerns mit den wesentlichsten Daten und Fakten aus den Bereichen Umwelt, Sicherheit und Gesundheit fortschreibt und zusätzlich die Aktivitäten im Rahmen des gesellschaftlichen

Engagements beinhaltet. Für den Bericht, der von zwei neutralen Gutachtern verifiziert wurde, sind Daten aus 444 Standorten weltweit ausgewertet worden. Im Bereich des industriellen Umweltschutzes hat Bayer in den vergangenen 12 Jahren mehr als 16 Milliarden Euro für den Bau und Betrieb von Umweltschutzanlagen ausgegeben. Durch Ressourcen schonende Produktionsverfahren, die weitestgehende Abfallvermeidung durch produktintegrierten Umweltschutz sowie den Einsatz optimaler Technologien in der Entsorgung hat das Unternehmen trotz gestiegener Produktionsmengen eine deutliche Reduktion von Emissionen und Abfällen erreicht

Im Bereich der sogenannten Treibhaus-Gase, die zu einer Veränderung des weltweiten Klimas führen könnten, hat Bayer die ambitionierten Zielvorgaben sowohl des Kyoto-Protokolls wie auch der Enquete-Kommission des deutschen Bundestages bereits übererfüllt: Bis zum Jahr 2005 sollten die Emissionen in Deutschland im Vergleich zu 1990 um 25 Prozent, bis zum Jahr 2020 um 50 Prozent gesenkt werden. Bayer hat die Treibhausgas-Emissionen bis heute um mehr als 60 Prozent reduziert. "Wir haben diese drastische und frühzeitige Senkung geschafft durch die Veränderung von Verfahren, Ausschöpfung modernster Technologien, Schließung alter Anlagen sowie den Einsatz von neuen Kraftwerken, die anstatt mit Kohle auf Gas-Basis betrieben werden und damit viel effizienter sind bei weniger Schadstoffausstoß", erläuterte Dr. Oels.

Der Nachhaltigkeitsbericht belegt auch die Erfolge von Bayer zum Gewässerschutz: Seit 1992 hat das Unternehmen den sogenannten chemischen Sauerstoffbedarf um 80 Prozent verringert. Der gesamte Wasserverbrauch konnte ebenfalls deutlich reduziert werden. Der größte Teil des Wassers - etwa 85 Prozent - wird dabei lediglich als Kühlwasser in der Produktion eingesetzt, das nicht verunreinigt wird. Die Schadstoff-Frachten von anfallenden Prozess- und Sanitärabwässern konnten durch die sorgfältige Aufbereitung seit 1992 um zwei Drittel abgebaut werden.

Deutlich zurückgegangen ist auch die Gesamtmenge des Abfalls, die sich im Vergleich zu 1992 mehr als halbiert hat. Dr. Oels: "Wir haben nicht nur die Produktionsprozesse verbessert, sondern auch neue Verfahren zum Recycling entwickelt, mit deren Hilfe nicht nur die Reststoffe minimiert, sondern auch wertvolle Rohstoffe für die Weiterverarbeitung genutzt werden können."

Besondere Bedeutung im Sinne der Nachhaltigkeit kommt heute mehr und mehr dem verantwortungsbewussten Umgang mit natürlichen Ressourcen zu. Als Folge der konsequenten Nutzung neuer Energie-Einsparmaßnahmen gelang Bayer in jüngster Vergangenheit trotz steigender Produktionsmengen eine Einsparung der Energie um ein Fünftel.

Der neue Nachhaltigkeitsbericht enthält neben einer Bewertung der Erreichung vergangener Ziele auch wieder eine umfangreiche Aufstellung von Vorgaben für die Zukunft, an deren Erfüllung sich Bayer stets messen lassen will.

Hinweis für die Redaktionen: Ein aktuelles Foto von der Vertragsunterzeichnung steht nach der Pressekonferenz im Internet unter <http://www.presse.bayer.de> zum Download bereit. Dort finden Sie auch die Reden im Originaltext. Weiterführende Informationen zur Kooperation Bayer - UNEP finden Sie unter <http://www.unep.bayer.de>. Zukunftsgerichtete Aussagen: Diese Presseinformation enthält bestimmte in die Zukunft gerichtete Aussagen, die auf den gegenwärtigen Annahmen und Prognosen der Unternehmensleitung des Bayer-Konzerns beruhen. Verschiedene bekannte wie auch unbekannte Risiken, Ungewissheiten und andere Faktoren können dazu führen, dass die tatsächlichen Ergebnisse, die Finanzlage, die Entwicklung oder die Performance der Gesellschaft wesentlich von den hier gegebenen Einschätzungen abweichen. Diese Faktoren schließen diejenigen ein, die wir in Berichten an die Frankfurter Wertpapierbörse sowie die amerikanische Wertpapieraufsichtsbehörde (inkl. Form 20-F) beschrieben haben. Die Gesellschaft übernimmt keinerlei Verpflichtung, solche zukunftsgerichteten Aussagen fortzuschreiben und an zukünftige Ereignisse oder Entwicklungen anzupassen.

=====

KURZINFO

28. 06. 2004

Rauchen: 500 000 Tote in Deutschland in den vergangenen vier Jahren. KÖLN. „Wir müssen in der Bevölkerung noch stärker als bisher bekannt machen, wie gefährlich Rauchen tatsächlich ist!“ Dies erklärte Dr. Elisabeth Pott, Direktorin der Bundeszentrale für ...mehr <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=16770>

Krebs: Ungeborene stärker durch Luftverschmutzung gefährdet als ihre Mütter NEW YORK. Feten sind besonders anfällig gegenüber DNA-Veränderungen durch Luftschadstoffe, die Krebserkrankungen auslösen können. Obwohl sie die Karzinogene nicht selber einatmen und die Plazenta die ... mehr <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=16755>
23.06.04

Rauchen gefährdet das Augenlicht - Raucher erblinden im Alter besonders häufig Wort und Bild - Apotheken Umschau <http://www.presseportal.de/story.htx?nr=568913>

Östrogene erhöhen Demenzrisiko - Abfall der geistigen Leistungsfähigkeit WASHINGTON. Ein weiteres Mal kehrt die Women's Health Initiative (WHI), dieses Mal in Form der Women's Health Initiative Memory Study (WHIMS), langjährige Ansichten über den Nutzen der ... mehr <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=16715>

Links zum Thema

Pressemitteilung JAMA <http://pubs.ama-assn.org/media/2004j/0622.dtl#use>

PDF der Studie Shumaker et al. <http://jama.ama-assn.org/cgi/reprint/291/24/2947.pdf>

PDF der Studie Espeland et al. <http://jama.ama-assn.org/cgi/reprint/291/24/2959.pdf>

Pressemitteilung des Wake Forest University Baptist Medical Center
http://www.eurekalert.org/pub_releases/2004-06/wfub-etd061704.php

Pressemitteilung des National Institute on Aging

http://www.eurekalert.org/pub_releases/2004-06/nioa-eh062204.php

Women's Health Initiative Memory Study <http://www.wfubmc.edu/whims/>

Women's Health Initiative <http://www.nhlbi.nih.gov/whi/>

<http://www.niapublications.org/engagepages/risk.asp>

ADHS: Hirnscan zeigt, ob Ritalin wirken kann MÜNCHEN. Nuklearmediziner der Universität München haben ein Verfahren entwickelt, mit dem sich möglicherweise die Wirksamkeit von Methylphenidat, besser bekannt unter dem Produktnamen Ritalin, bei ... mehr <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=16714>
22.06.2004

Langzeitstudie: Raucher sterben zehn Jahre früher London (dpa) - Raucher sterben einer britischen Langzeitstudie zufolge durchschnittlich zehn Jahre früher als Nichtraucher. Gleichzeitig ergab die Untersuchung, dass es sich in jedem Alter lohnt, aufzuhören. Das oft gehörte Raucher-Argument «Bei mir...

<http://www.netdokter.de/nachrichten/index.asp?y=2004&m=6&d=23&id=112625>

Web-Portal zum Thema Umwelt und Gesundheit. Der Bund hat den Internetauftritt des Aktionsprogramms Umwelt und Gesundheit (APUG) überarbeitet und nutzerfreundlicher gemacht. Das Web-Portal informiert über Gesundheitsrisiken durch Umwelteinflüsse und Ernährung. <http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=314935,3468,/medizin/ernaehrung>
18. 06. 2004

Entdeckt: Asbest-Produkte bei Web-Auktionen Düsseldorf (dpa) - Verbraucherschützer haben bei Internet-Auktionen eine ganze Reihe von verbotenen Waren mit Krebs erregenden Stoffen entdeckt. In Stichproben beim größten Internet-Auktionshaus eBay sei man auf asbesthaltige Bremsbeläge,...

<http://www.netdokter.de/nachrichten/index.asp?y=2004&m=6&d=19&id=112514>

Mehr Belastungen von Wohnungen mit Allergenen Wohnungen in Deutschland sind immer stärker mit Allergien auslösenden Stoffen belastet.

<http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=314305,3464,/medizin/allergien>

17. 06. 04

Babys: Allergie-Risiko nach Renovierung erhöht Leipzig (dpa) - Babys, die in frisch renovierten Räumen aufwachsen, haben neuen Studien zufolge später ein erhöhtes Allergie-Risiko. Die Wahrscheinlichkeit, dass sie an Allergien, Neurodermitis oder Atemwegserkrankungen litten, steige um etwa 40...

<http://www.netdokter.de/nachrichten/index.asp?y=2004&m=6&d=17&id=112430>

15.06.2004

Kopfschmerz durch Analgetikaabusus kann auch Kinder plagen Über die Zunahme von Kopfschmerzen bei Kindern wird inzwischen häufig berichtet. So beträgt etwa die Prävalenz der Migräne bei Kindern fünf bis zehn Prozent. Daß bei ihnen durch häufige Einnahme von Analgetika ebenso wie bei Erwachsenen eine Gefahr für arzneimittelinduzierte Kopfschmerzen besteht, wird nach den Erfahrungen von Dr. Bernhard Croissant jedoch noch

wenig thematisiert.

<http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=313810,3461./medizin/kinderkrankheiten>

Mehr Jugendliche rauchen Mehr als ein Drittel der deutschen Kinder und Jugendlichen rauchen der Studie "Schüler fragen Schüler" zufolge regelmäßig oder gelegentlich.

<http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=313938,3461./medizin/rauchen>

Generelles Rauchverbot in Oesterreich. Die österreichische Regierung will bis zum Ende des Jahres an allen Arbeitsplätzen ein generelles Rauchverbot einführen. Außerdem soll es innerhalb von drei Jahren in 90 Prozent aller Restaurants und Cafés rauchfreie Zonen geben, so Gesundheitsministerin Maria Rauch-Kallat in einer Mitteilung.

<http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=312114,3457./politik/gesundheitssystem>

14.04.2004

Tschernobyl: Dramatischer Anstieg der Schilddrüsenkarzinome BUFFALO/USA. Sind die Folgen des Reaktorunglücks von Tschernobyl noch gravierender als bisher angenommen wurde? Nach einer Untersuchung in der Onlineausgabe des International Journal of Epidemiology ... <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=16607>

Kampfmittel-Vernichtung Ursache des Golfkriegs-Syndroms? WASHINGTON. Ist die Freisetzung von Gasen bei der versehentlichen Vernichtung von Chemiewaffen im ersten Golfkrieg für die Erkrankungen vieler Veteranen verantwortlich, die als Golfkriegsyndrom ...

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=16606>

Gentechnik in der Milch gefunden Greenpeace veröffentlicht soeben einen brisanten Untersuchungsbericht des Forschungszentrums fuer Milch und Lebensmittel in Weihenstephan/Bayern zum weltweit ersten Nachweis von gentechnischen Verunreinigungen in Milchproben. In der Milch eines Landwirtes, der Gen-Soja und Gen-Mais verfuetterte, fanden Wissenschaftler Teile der Erbsubstanz dieser Pflanzen. Die Untersuchung wurde drei Jahre unter Verschluss gehalten. Greenpeace fordert weitere Studien und eine Kennzeichnung von tierischen Produkten, die mit Gen-Futter hergestellt wurden.

<http://www.sonnenseite.com> (Siehe auch weiter oben)

=====

ZITAT

Peter Ustinov: **Die letzte Stimme, die man hoeren wird, bevor die Welt untergeht, wird die Stimme eines Experten sein, der sagt, so etwas sei gar nicht moeglich.**

=====

VEROEFFENTLICHUNGEN

21.06.04 **Passiv-Rauchen: Neue Erkenntnisse bestätigen erhöhte Gefahr für Kinder** Hamburg (ots) - Babys und Kleinkinder sind nach neuen Erkenntnissen der Medizin durch passives Rauchen besonders gefährdet. "Kleinkinder, die in Raucherhaushalten leben, machen sehr viel häufiger Erkrankungen der unteren Atemwege wie Bronchitis und Lungenentzündung durch, auch chronische Mittelohrentzündungen und Bronchialasthma. Weil sie im Vergleich zu Größeren etwa zwei- bis dreimal so viel ein- und ausatmen, nehmen sie mehr Schadstoffe aus der Luft auf", sagt der Suchtbeauftragte des Bundesverbandes der Kinder- und Jugendärzte, Dr. Wolf-Rüdiger Horn, in der neuen Ausgabe der Hamburger Zeitschrift VITAL. **Zudem gibt es nach Angaben des Kölner Experten auch einen Zusammenhang "zwischen dem Rauchen der Mutter in der Schwangerschaft und Verhaltensauffälligkeiten von Kleinkindern wie aggressivem Verhalten oder hyperkinetischen Störungen".**

Nach den Erkenntnissen des Deutschen Krebsforschungszentrums (DKFZ) in Heidelberg riskieren Schwangere, die auf ihre Zigaretten nicht verzichten wollen, sogar das Leben ihres passiv mitrauchenden Kindes. **"Das Risiko eines plötzlichen Kindstods erhöht sich in den ersten neun Monaten um das 8- bis 16fache, wenn die Schwangere stark geraucht hat"**, sagt Dr. Martina Pötschke-Langer vom DKFZ in VITAL.

Doch auch für Erwachsene ist das passive Mitrauchen noch gefährlicher als bisherige Erkenntnisse vermuten ließen. VITAL zitiert eine internationale Studie aus 13 Ländern, nach der Menschen, die unfreiwillig und permanent dem blauen Dunst ausgesetzt sind, häufig unter nächtlichen Beklemmungen, Atemnot und Asthma-Symptomen leiden. Außerdem wird das Lungenkrebs-Risiko durch das Passiv-Rauchen um 40 Prozent erhöht. Das DKFZ geht davon aus, dass in Deutschland pro Jahr bis zu 400 Passiv-Raucher an einem Lungenkarzinom sterben. Eine Untersuchung des Forschungszentrums hat zudem

ergeben, dass Frauen, die über einen längeren Zeitraum aktiv und passiv rauchen, ein 1,8fach höheres Risiko haben, an Brustkrebs zu erkranken.

Diese Meldung ist unter Quellenangabe VITAL zur Veröffentlichung frei. Rückfragen bitte an: Redaktion "VITAL" Rüdiger Bloemeke Tel.: 040/2717-3106

ots-Originaltext: Vital - Jahreszeiten Verlag Digitale Pressemappe:

<http://www.presseportal.de/story.htx?firmaid=7515>

Hervorhebungen: Scherrmann. Anmerkung Scherrmann: Und was passiert hierzulande? Die politische Reaktion (siehe weiter unten unter BUNDESTAG) ist viel zu lasch. Wann werden Zigarettenautomaten in Deutschland abgeschafft? Es wundert mich sehr, dass dies in Deutschland kein Thema ist, denn wenn man Jugendliche vom Rauchen abhalten will, dann darf ihnen nicht der Zigarettenzugriff an den Automaten problemlos offen stehen. Wann gibt es auch hier ein generelles Rauchverbot am Arbeitsplatz wie demnaechst in Oesterreich (siehe oben), wie schon in Schweden, in vielen Teilstaaten der USA?

Eine Vielzahl neuer wissenschaftlicher Veroeffentlichungen in englischer Sprache finden Sie in den Englischen newsletters von SAFER WORLD. Unter anderem gibt es eine monatliche Uebersicht über die Titel der EHP (Environmental Health Perspectives): Zu subscribieren (kostenlos) ueber „Subscribe newsletter/English in der Betreffszeile an info@safer-world.org .

=====

POLITIK - BEHOERDEN

=====

Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung

Berlin, den 15.06.2004 **Präventionsgesetz kommt gut voran.** Zur Einigung auf Eckpunkte eines Präventionsgesetzes erklären Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt und Rolf Stupardt, Vorstandsvorsitzender des IKK- Bundesverbandes:

In Übereinstimmung für eine ziel- und ergebnisbezogene Stärkung und Weiterentwicklung von Gesundheitsförderung und Prävention in Deutschland verständigten sich die Spitzenverbände der GKV und das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung auf folgende Eckpunkte:

1. Die Krankenkassen sind auch in Zukunft für individuelle und betriebliche Gesundheitsförderung zuständig. Diese Aufgaben werden nicht Gegenstand einer künftigen Stiftung "Gesundheitsförderung und Prävention".
2. Die im Gesetz vorgesehenen Mittel für Gesundheitsförderung und Prävention sollen vollständig ausgeschöpft werden. Die Spitzenverbände der GKV erklären, dass sie sich gegenüber ihren Mitgliedern hierfür nachhaltig einsetzen.
3. Der Bundesgesetzgeber schafft die rechtlichen Voraussetzungen zur Gründung einer Stiftung "Gesundheitsförderung und Prävention" als gemeinsame Einrichtung der Spitzenverbände der Rentenversicherung, Unfallversicherung, der Pflegeversicherung und Gesetzlichen Krankenversicherung.
4. Die Stiftung wird aus Mitteln der Sozialversicherungsträger mit 50 Mio. (GKV 35 Mio.) per anno zweckgebunden ausgestattet.
5. Die Stiftung hat den Zweck und die Aufgabe, Maßnahmen der Gesundheitsförderung und Prävention vorwiegend in außerbetrieblichen sozialen Lebensumfeldern (settings), Modellprojekten sowie begleitende Kampagnen zu fördern und durchzuführen.
6. Das der Stiftung zur Verfügung stehende Finanzvolumen wird erstmals nach 2 Jahren und danach jährlich auf Basis ergebnisbezogener, qualitativer Kriterien überprüft. Die Kriterien werden im Stiftungsrat abgestimmt und festgelegt. Die Spitzenverbände nehmen zur Kenntnis, dass es politisches Ziel des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung ist, mittelfristig 40 %

der für Prävention zur Verfügung stehenden Aufwendungen in die Aufgaben der Stiftung zu investieren.

7. Bund, Länder und Gemeinden sind mit maximal 7 Mitgliedern im Stiftungsrat vertreten. Der Stiftungsrat soll 30 Mitglieder nicht überschreiten. Die Abstimmung über Fördermaßnahmen erfolgt nach dem Gewicht der jeweils eingebrachten Stiftungsmittel.
8. Derzeit anhängige lebensweltbezogene (setting-) Projekte können von den Krankenkassen weitergeführt werden.
9. Der Bund erhält sein derzeitiges finanzielles Engagement für Gesundheitsförderung und Prävention voll aufrecht.

Anmerkung Scherrmann: Meiner Erachtens wird der Begriff „Praevention“ immer noch viel zu eng gesehen. Dazu siehe auch www.safer-world.org/d/Scherrmann/skript/folgen.htm

Gesundheits- und Umweltminister beschließen Aktionsplan für die Zukunft unserer Kinder

Gesundheits- und Umweltminister aus ganz Europa vereinbarten heute bei der 4. Ministerkonferenz Umwelt und Gesundheit der Weltgesundheitsorganisation (WHO) in Budapest gemeinsame politische Ziele, um Kinder vor gesundheitlichen Folgen von Umweltbelastungen zu schützen. Die Konferenz steht unter dem Motto "Die Zukunft unseren Kindern". Die Minister setzen sich insbesondere für politische Maßnahmen zur Prävention von umweltbedingten Gesundheitsstörungen ein. Die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung, **Marion Caspers-Merk**, begrüßt das Ergebnis, das auf internationaler Ebene die Prävention in der Umwelt- und Gesundheitspolitik verankert.

Die Minister verabschiedeten hierzu einen "Aktionsplan zur Verbesserung von Umwelt und Gesundheit der Kinder in der Europäischen Region". Die Gesundheits- und Umweltminister verpflichten sich darin zu Maßnahmen, um

- Kindern in ganz Europa sauberes Trinkwasser zu ermöglichen,
- die Zahl an Unfällen zu verringern,
- die Luftverschmutzung in Innenräumen und in der Außenluft zu verringern mit dem Ziel, die Häufigkeit von Atemwegserkrankungen und Asthmaanfällen zu senken,
- die kindliche Gesundheit vor negativen Auswirkungen von Chemikalien und Lärm zu schützen.

In jedem der 52 Mitgliedstaaten der WHO Europas sollen hierzu die wichtigsten politischen Maßnahmen festgelegt und umgesetzt werden. Ein von den Mitgliedstaaten gemeinsam mit der WHO erarbeiteter Maßnahmenplan gibt einen ersten Gesamtüberblick über wichtige Einzelaktivitäten.

Zusätzlich beschlossen die Regierungsvertreter in ihrer Ministererklärung, ein europaweites Informationssystem für Umwelt und Gesundheit zu entwickeln. Ziel ist es, Zusammenhänge zwischen Umwelt und Gesundheit besser zu verstehen, auch mittelfristige Entwicklungen der Umwelt- und Gesundheitssituation zu erkennen und mit der anderer Staaten vergleichbar zu machen. Damit soll die Grundlage für frühzeitiges Handeln gelegt werden.. Weitere Informationen finden Sie im Internet unter www.apug.de

Anmerkung Scherrmann: Zum Papier „Umweltbedingte Gesundheitsrisiken- Was ist bei Kindern anders als bei Erwachsenen“ vom UBA im naechsten newsletter ein Kommentar.

=====

Bayerisches Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Pressestelle

Dioxin in Futtermittelkomponente aus Hessen: Hersteller hat auch nach Bayern geliefert

Wie das Hessische Ministerium für Umwelt, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz mitteilte, wurde in einem zur Futtermittelherstellung bestimmten Pflanzenölgemisch eines Herstellers aus Hessen ein Dioxingehalt über dem zulässigen Grenzwert von 0,75 ng/ kg

Futter festgestellt. Der hessische Hersteller hat rund 24 Tonnen belastetes Pflanzenölgemisch auch an einen bayerischen Futtermittelhersteller geliefert, die dort mit weiterem Öl in einem Tank vermischt wurden. Die Bayerische Futtermittelüberwachung konnte noch rund 31 Tonnen Tankinhalt sicherstellen, der Rest wurde bereits verarbeitet. Das noch vorhandene Öl wurde gesperrt und seine Weiterverarbeitung zu Futtermitteln untersagt.

Der bayerische Futtermittelhersteller lässt das noch im Betrieb vorhandene Öl auf Dioxine untersuchen, da das hessische Untersuchungsergebnis keine automatischen Rückschlüsse auf alle ausgelieferten Chargen zulässt.

Die Bayerische Futtermittelüberwachung lässt Proben des mit dem Öl hergestellten Mischfuttermittels untersuchen. Pflanzliche Öle werden Futtermitteln in der Regel nur in geringer Menge (im konkreten Fall zwischen 1 Prozent und 3,5 Prozent) beigemischt. Es ist daher bei dem mit dem Öl hergestellten Futter selbst bei einer Beimischung von 3,5 Prozent nicht davon auszugehen, dass der Grenzwert von 0,75 ng/ kg im fertigen Mischfuttermittel überschritten wurde.

=====

BUNDESTAG

30. 06. 2004-06-30 Verbraucherschutz/Antwort
LEBENSMITTEL AUS GENVERÄNDERTEN ORGANISMEN
KENNZEICHNUNGSPFLICHTIG

Berlin: (hib/SAS) Lebensmittel unterliegen der Kennzeichnungspflicht, wenn sie gentechnisch veränderte Organismen (GVO) enthalten, aus GVO bestehen, aus GVO hergestellt werden oder Zutaten enthalten, die aus GVO hergestellt werden.

Wie die Bundesregierung in ihrer Antwort (15/3413) auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion (15/3246) zur "Kennzeichnungspflicht bei Fermentationsprodukten von GVO" weiter ausführt, befinde sie sich dabei in Übereinstimmung mit der EU-Verordnung. Die Kennzeichnungspflicht gelte unabhängig davon, ob genetisch veränderte Zusatzstoffe im Endprodukt nachweisbar sind. Daher seien Produkte, die aus GVO hergestellt wurden, auch dann kennzeichnungspflichtig, wenn in ihnen weder Erbsubstanz noch Proteine gentechnisch veränderter Organismen nachgewiesen werden können.

Erklärtes Ziel der Regierung ist es, dem Bedürfnis der Verbraucher und Verbraucherinnen auf Information, Transparenz und Wahlfreiheit Rechnung zu tragen, vor allem mit Blick auf genveränderte Organismen, die bei der Herstellung von Lebensmitteln und Futtermitteln eingesetzt werden. Ihren Angaben zufolge wird gegenwärtig vor allem der Futtermittelzusatzstoff Phytase aus GVO gewonnen. Generell könne für den Futtermittelbereich davon ausgegangen werden, dass bei der Herstellung von Enzymen wie Phytase, Glucanasen und Xylanasen eine Reihe von Vitaminen und gentechnisch veränderte Mikroorganismen angewendet würden. Was den Einsatz von Zusatzstoffen in der Lebensmittelindustrie betrifft, bezieht sich die Regierung auf Firmenberichte, nach denen bei der Käseproduktion in Deutschland das Labferment Chymosin aus gentechnisch veränderten Mikroorganismen als technischer Hilfsstoff verwendet wird. Dazu seien in Deutschland bislang drei Präparate zugelassen worden. Im Übrigen strebten EU-Kommission und -Rat an, den Status von solchen Lebensmitteln mit Blick auf die Kennzeichnungspflicht klarzustellen, bei denen im Fermentationsprozess gentechnisch veränderten Mikroorganismen verwendet worden sind, die allerdings im Fertigerzeugnis nicht mehr vorhandenen seien, sowie den Status von Enzymen zu klären, die als technologische Hilfsstoffe verwendet werden.

Berlin: Mo, 28.06.2004. Umwelt/Verordnung SCHADSTOFFAUSSTOß VON
GROßFEUERUNGSANLAGEN BEGRENZEN

Berlin: (hib/VOM) Die Schadstoffemissionen von Großfeuerungs- und Gasturbinenanlagen zu begrenzen, ist das Ziel der 13. Verordnung zur "Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes" (15/3420), die die Bundesregierung jetzt vorgelegt hat. Damit werden Vorgaben der Europäischen Union in deutsches Recht umgesetzt. Der erste Teil dieser Großfeuerungsanlagen-Verordnung regelt den Anwendungsbereich und stellt das Verhältnis zur Verordnung über Abfallverbrennungsanlagen klar.

Kernstück ist der zweite Teil mit den Anforderungen an die Verbrennung fester, flüssiger und gasförmiger Brennstoffe. Er enthält Emissionsgrenzwerte für Staub, Schwermetalle, Kohlenmonoxid, Stickstoffoxide und Schwefeloxide.

Auf die Festlegung von Emissionsgrenzwerten für Chlor- und Fluorwasserstoff, Distickstoffoxid sowie für Quecksilber bei Feuerungsanlagen für den Einsatz flüssiger Brennstoffe ist nach Darstellung der Regierung bewusst verzichtet worden.

Der zweite Teil enthält außerdem Anforderungen an die verstärkte Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung. Er regelt die Ermittlung der Emissionsgrenzwerte bei Misch- und Mehrstofffeuerung, macht Vorgaben bei wesentlichen Änderungen einer Anlage, bei Betriebsstörungen und zur Begrenzung von Emissionen bei Lagerungs- und Transportvorgängen.

Der dritte Teil befasst sich mit der Messung und Überwachung des Schadstoffausstoßes. Im vierten Teil werden Anforderungen für Altanlagen festgelegt, und im fünften Teil wird die zuständige Behörde ermächtigt, Ausnahmen zu genehmigen und weitergehende Anforderungen im Einzelfall zu erlassen.

Wie es heißt, ist die Wirtschaft von der Verordnung betroffen, indem bis zum Jahre 2010 Investitionskosten bei der Sanierung von Altanlagen anfallen können. Die Verordnung soll die derzeitige Großfeuerungsanlagenverordnung aus dem Jahre 1983 ablösen.

25. 06. 2004 Umwelt/Kleine Anfrage

DEBATTE ÜBER DIESELRUßPARTIKEL UNTER DER LUPE

Berlin: (hib/VOM) Die ökologischen, gesundheitspolitischen, ökonomischen und technischen Aspekte der Debatte über Dieselrußpartikel interessieren die FDP-Fraktion. In einer Kleinen Anfrage (15/3379) heißt es, für Dieselrußpartikel gelte derzeit in der EU ein Emissionswert von 0,05 Gramm pro Kilometer.

Vom nächsten Jahr an sinke er auf 0,025 Gramm pro Kilometer. Die Umweltministerkonferenz der Bundesländer habe beschlossen, bis zum Jahr 2010 für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge einen verbindlichen Partikelgrenzwert von 0,0025 Gramm pro Kilometer anzustreben. Das Umweltbundesamt spreche davon, dass allein durch den Einbau von Dieselrußpartikelfiltern jährlich 14.000 Todesfälle durch Krebs und Atemwegserkrankungen verhindert werden könnten. Die Bundesregierung soll nun sagen, wie sich die Zulassung von Diesel-Kfz in Deutschland zahlenmäßig entwickelt hat, wie hoch der Marktanteil deutscher Hersteller an den hierzulande zugelassenen Diesel-Kfz ist und wann die Bundesregierung mit einer politischen Einigung im Europäischen Rat über die Euro-V-Grenzwerte rechnet. Gefragt wird ferner danach, welche Techniken zur Reduzierung der Dieselrußpartikelemissionen bekannt sind und wie sich die Nachfrage nach Pkw mit Dieselrußfiltern entwickelt hat. Schließlich soll die Regierung die Einschätzung bewerten, dass der Staat nicht eine bestimmte Technik fördern, sondern ein ökologisches Ziel vorgeben sollte, dessen Erreichen unabhängig von der eingesetzten Technologie zu honorieren ist.

Berlin: Do, 24.06.2004. Umwelt/Gesetzentwurf .

ZUGANG ZU UMWELTINFORMATIONEN ERWEITERN Berlin: (hib/SAS) Eine "größtmögliche" systematische Verfügbarkeit und Verbreitung von Umweltinformationen, insbesondere auch mit elektronischen Mitteln, strebt die Bundesregierung an. Dazu hat sie den Entwurf eines Gesetzes zur Neugestaltung des Umweltinformationsgesetzes (UIG, 15/3406) eingebracht.

Die Novelle passt das UIG an eine EU-Richtlinie an und setzt gleichzeitig die Vorgaben des von Deutschland 1998 unterzeichneten Übereinkommens über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten (so genannte Aarhus-Konvention), um.

Nach den Worten der Bundesregierung gilt es, mehr Transparenz und Bürgernähe in der Verwaltung herzustellen und durch den erweiterten Zugang zu Umweltinformationen die Öffentlichkeit bei umweltbezogenen Entscheidungen wirksamer zu beteiligen.

Inhaltlich werde der Begriff der Umweltinformation ausgeweitet und präzisiert. Alle Stellen der öffentlichen Verwaltung des Bundes sollen verpflichtet werden, Umweltinformationen herauszugeben. Außerdem sollen diese Stellen die Verbreitung von Umweltinformationen aktiv betreiben.

Sie hätten zu gewährleisten, dass alle Umweltinformationen, die von ihnen zusammengestellt werden, auf dem gegenwärtigen Stand, exakt und vergleichbar sind. Als informationspflichtige Stellen gelten dem Gesetzentwurf zufolge die Regierung sowie andere Stellen der öffentlichen Verwaltung sowie Gremien, die die öffentliche Verwaltung beraten.

Stellen der Länder seien demgegenüber vom neuen UIG nicht mehr betroffen. Im Weiteren solle die Frist für die Entscheidung über Anträge auf grundsätzlich einen Monat nach Eingang des Antrags bei der informationspflichtigen Stelle verkürzt werden.

In Ausnahmefällen könne davon abgewichen werden. Wenn etwa die Information umfangreich oder komplex sei, könne die Frist auf zwei Monate ausgedehnt werden; allerdings sei in diesen Fällen die antragstellende Person über die Gründe zu benachrichtigen, heißt es weiter. Zu den dadurch entstehenden Kosten sagt die Bundesregierung, der Mehraufwand für den Bund sei zurzeit nicht abzuschätzen. Teilweise sollten die Mehrkosten in Zusammenhang mit dem Informationszugang durch die vorgesehene Kostenregelung refinanziert werden.

Umwelt/Kleine Anfrage AUFWAND DER PRÜFUNG VON UMWELTAUSWIRKUNGEN BENENNEN

Berlin: (hib/VOM) Über den bürokratischen Aufwand, der durch die Umsetzung der EU-Richtlinie über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme (Plan-UP-Richtlinie) entsteht, soll die Bundesregierung Auskunft geben. Dies verlangt die FDP-Fraktion in einer Kleine Anfrage (15/3373). Ziel der Richtlinie sei es dazu beizutragen, dass Pläne und Programme, die voraussichtlich erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt haben, einer strategischen Prüfung unterzogen werden.

Nach Ansicht der FDP sind Befürchtungen laut geworden, wonach diese Umweltprüfung mit Zeitaufwand, hohen Kosten und "unnötiger Bürokratie" verbunden sein werde. Die Regierung soll sagen, bis wann sie alle zur völligen Umsetzung der Richtlinie erforderlichen Gesetzentwürfe dem Bundestag vorlegen wird und wie die Richtlinie in den einzelnen Bundesländern umgesetzt werden soll.

Die Abgeordneten wollen wissen, ob die Regierung eine Eins-zu-eins-Umsetzung plant und wie der Begriff der "Erheblichkeit" der Umweltauswirkungen definiert werden soll. Die Fraktion will ferner erfahren, wie die Öffentlichkeit beteiligt wird, mit welchen zusätzlichen Kosten und welchem zusätzlichen Zeitaufwand zu

Berlin: Mi, 23.06.2004. Gesundheit und Soziale Sicherung/Gesetzentwurf REGIERUNG WILL GEFAHREN DES TABAKKONSUMS EINDÄMMEN

Berlin: (hib/VOM) Die Bundesregierung will die Gefahren für die Gesundheit, die vom Konsum von Tabakwaren ausgehen, eindämmen. Dazu hat sie einen Gesetzentwurf zum Rahmenübereinkommen der Weltgesundheitsorganisation vom 21. Mai 2003 zur Eindämmung des Tabakgebrauchs (15/3353) vorgelegt.

Das Tabakrahenübereinkommen sei das erste Übereinkommen der Vereinten Nationen, das sich in umfassender Weise den Gesundheitsschutz zum Ziel gesetzt habe. Unter anderem hebe es die Bedeutung von Steuer- und Preispolitik für den Tabakkonsum vor allem Jugendlicher hervor und enthalte allgemeine Bestimmungen zum Schutz vor Passivrauchen an verschiedenen Orten, so die Regierung.

Die Vertragsparteien würden verpflichtet, Richtlinien für die Prüfung und Messung der Inhaltsstoffe und Schadstoffbelastungen von Tabakerzeugnissen zu entwerfen und den Herstellern und Importeuren Angaben dazu vorzuschreiben.

Geregelt werde ferner die Kennzeichnung von Tabakerzeugnissen. Demnach müssten mindestens 30 Prozent der Hauptsichtflächen der Verpackung der Tabakprodukte durch gut sichtbare Gesundheitswarnungen in Form von Schrift, Bildern oder einer Kombination von beidem in Anspruch genommen werden.

Verboten würden irreführende Bezeichnungen, die den "falschen Eindruck" vermitteln, ein bestimmtes Produkt sei weniger schädlich als andere. Zu solchen irreführenden Formulierungen könnten auch Bezeichnungen gehören wie "leicht", "mild" oder "mit niedrigem Teergehalt".

Darüber hinaus wird festgestellt, dass ein umfassendes Werbeverbot den Konsum eindämmen könne. Die Vertragsparteien verpflichten sich, heißt es weiter, sich innerhalb von fünf Jahren auf ein umfassendes Werbeverbot zuzubewegen.

Darüber hinaus sei ein Verbot des Verkaufs von Tabakerzeugnissen an Minderjährige enthalten. Ebenso sei anzustreben, dass ein Verkaufsverbot von Kleinpäckungen eingeführt wird.

In einer Anlage zum Abkommen hat die deutsche Delegation erklärt, dass die Bundesrepublik die EU-Richtlinie zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften über Werbung und Sponsoring zugunsten von Tabakerzeugnissen vom Europäischen Gerichtshof überprüfen lassen will.

Es dürfe daher nicht davon ausgegangen werden, heißt es, dass Deutschland mit seiner Zustimmung zur Unterzeichnung des Übereinkommens der Weltgesundheitsorganisation auch die Rechtmäßigkeit der EU-Richtlinie anerkennt.

Berlin: Mi, 16.06. 2004 Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft
GESETZ ZUR NEUORDNUNG DES GENTECHNIKRECHTS IN VERÄNDERTER FORM
BESCHLOSSEN

Berlin: (hib/SAS) Der Verbraucherschutzausschuss hat am Mittwochvormittag die Novelle der Bundesregierung zur Neuordnung des Gentechnikrechts (15/3088) in veränderter Form beschlossen. Änderungsbedarf am Gesetzesvorhaben ergab sich nach den Worten der SPD aus einer dazu am 14. Juni veranstalteten Anhörung. So habe man insbesondere bei der Einrichtung von Standortregistern, bei der guten fachlichen Praxis sowie den Haftungsregelungen Korrekturen oder Klarstellungen vorgenommen.

Die SPD verwies in der abschließenden Beratung darauf, dass die Änderungen insbesondere organisatorische Details des Gesetzesvorhabens betreffen und ihr an einem "Beschleunigungseffekt" gelegen sei. So bedürften die vorgenommenen Klarstellungen nicht der Zustimmung durch den Bundesrat, wenngleich zahlreiche Anregungen der Länderkammer in den Gesetzestext aufgenommen worden seien.

Auf Ablehnung stießen drei Anträge der FDP zur grünen Gentechnik (15/1825, 15/2352 und 15/2979) sowie ein Antrag der CDU/CSU (15/2822). Zustimmung erhielten die Gentechniknovelle und ein Entschließungsantrag dazu von Sozialdemokraten und Bündnis 90/Die Grünen.

Die Opposition hatte vor der Abstimmung den Sitzungssaal verlassen. Die Gesetzesinitiative bezieht sich auf die so genannte EU-Freisetzungsrichtlinie. Mitgliedstaaten bietet diese den Angaben zufolge die Möglichkeit, Maßnahmen gegen das "unbeabsichtigte Vorhandensein von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) in anderen Produkten" zu ergreifen. In ihrem Entschließungsantrag sprechen sich die Koalitionsfraktionen dafür aus, dass bei der Kostenverteilung nach dem Verursacherprinzip verfahren werden soll. Außerdem soll die Bundesregierung sich auf europäischer Ebene für EU-weit verbindliche Haftungs- und Koexistenzregelungen einsetzen und dafür, dass Tierprodukte in die Kennzeichnungsvorschriften aufgenommen werden, sofern die Tiere mit gentechnisch veränderten Futtermitteln gefüttert wurden.

Bei der Einrichtung von Standortregistern hat sich die Koalition zudem im veränderten Gesetzestext auf eine Bundesbehörde festgelegt. Der Bundesbehörde müssen nach Inkraft-Treten des Gesetzes genehmigte Freisetzungen von GVOs vom Betreiber frühestens zwei Wochen, spätestens aber drei Werktage vor der Freisetzung gemeldet werden, die dann in einem Bundesregister zu erfassen seien.

Auch der Anbau von GVOs ist ihr frühestens neun Monate, spätestens aber drei Monate vorher zu melden. Ferner soll die zuständige Behörde aus dem nicht allgemein zugänglichen Teil des Registers Auskunft auch über die personenbezogenen Daten erteilen, allerdings sei dies an den Nachweis für ein berechtigtes Interesse gebunden.

Entscheidungen über Freisetzungen sollen nach dem geänderten Gesetzestext im Benehmen statt im Einvernehmen mit dem Bundesamt für Naturschutz, dem Robert-Koch-Institut sowie dem Bundesinstitut für Risikobewertung getroffen werden. Damit erhoffe man sich eine Verfahrensbeschleunigung, so die Erläuterung der SPD.

=====

UMWELTBUNDESAMT (UBA)

Berlin, den 25. 06. 04

Nachhaltiges Bauen und Wohnen benötigt Trendwende Ressourcenschonung bei Flächen, Energie und Rohstoffen möglich

Die Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum darf nicht weiter zu Lasten der Umwelt gehen. Gebäudebestand und Infrastruktur nehmen in Deutschland einen Großteil der Ressourcen Fläche, Energie und Rohstoffe in Anspruch. Falls die gegenwärtigen Trends anhielten, würden die in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung formulierten Ziele für den Klimaschutz, die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und die Rohstoffschonung im Handlungsfeld "Bauen und Wohnen" nicht erfüllt. Zu diesem Ergebnis kommt die Studie "Nachhaltiges Bauen und Wohnen in Deutschland", die im Auftrag des Umweltbundesamtes (UBA) - vom Öko-Institut, vom Institut für ökologische Raumentwicklung sowie vom Institut für Stadtbauwesen und Straßenbau der Technischen Universität Dresden - erstellt wurde.

Doch es gibt Alternativen zur bisherigen Entwicklung: "Die Sanierung und Modernisierung der vorhandenen Gebäudesubstanz, eine behutsame Stadterneuerung mit einer angepassten Gestaltung der bestehenden Infrastruktur sind eine intelligentere und nachhaltigere Lösung als die weitere Zersiedelung der Landschaft mit Neubaugebieten auf der grünen Wiese. Da

bei Wohnbauten mindestens 80 Prozent der Bauwerksmasse und 70 Prozent des Primärenergieaufwandes auf die Tragkonstruktion entfallen, ist eine effiziente Nutzung des Bestandes ein entscheidender Beitrag zur Ressourcenschonung - zumal auch keine Fläche neu in Anspruch genommen wird und kein Erschließungsaufwand anfällt", so Dr. Karl Otto Henseling vom UBA auf der heutigen Fachtagung "Umwelt Bauen" anlässlich des Tages der Architektur in Dessau. In der Studie "Nachhaltiges Bauen und Wohnen in Deutschland" sind Elemente eines neuen Leitbildes in einer intensiven Diskussion und Kooperation mit Akteuren - wie Planern, Wohnungsunternehmen und Ministerien - aufgegriffen und zu Szenarien gebündelt worden, die zeigen: "Nachhaltiges Bauen und Wohnen" - im Sinne der Ziele der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie - ist möglich und attraktiv. Das entwickelte Nachhaltigkeitsszenario unterstellt dabei keinen Verzicht bei der Versorgung mit Wohnraum, sondern orientiert um - vom Neubau zur Bestandspflege und von der "grünen Wiese" in die Siedlungskerne. Lösungsansätze, die primär auf den Klimaschutz oder auf die Reduzierung der Rohstoff- und Flächeninanspruchnahme ausgerichtet sind, vereinen im Gesamtkonzept vielfältige Synergieeffekte. Diese führen dazu, dass die umweltbezogenen Ziele der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie in diesem Handlungsfeld erreichbar sind.

Die zusätzliche jährliche Flächeninanspruchnahme könnte bis 2025 - im Vergleich zum Jahr 2000 - um bis zu 85 Prozent reduziert werden. Die jährliche Inanspruchnahme mineralischer Rohstoffe ließe sich im selben Zeitraum um etwa ein Drittel verringern und die jährlichen Kohlendioxidemissionen um über 50 Prozent senken. Der Schlüssel für "Nachhaltiges Bauen und Wohnen" liegt in der effizienten Nutzung des Bestandes. Das stellt neue Anforderungen an Politik, Planer, Bauherren und Nutzer.

Die Studie "Nachhaltiges Bauen und Wohnen in Deutschland" ist in der Reihe TEXTE des Umweltbundesamtes als Nr. 01/04 erschienen, umfasst 378 Seiten und kostet 10 Euro. Sie ist erhältlich bei Werbung und Vertrieb, Wolframstraße 95-96, 12105 Berlin, Telefon: 030/2 11 60 61, Fax: 2 18 13 79; e-Mail: berlin@wundv.com

HTML: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2004/pd04-057.htm>

PDF: <http://www.umweltdaten.de/uba-info-presse/pi04/pd04-057.pdf>

Berlin, den 23.06.04 Exportchancen für die deutsche Umweltschutzindustrie stärken. Umweltbundesamt veröffentlicht Kursbuch und Internetsystem zur Erschließung von Auslandsmärkten

Der Export-Anteil deutscher Umweltschutzgüter und -dienstleistungen kann erheblich wachsen. Wie das möglich ist, welche Chancen und Risiken, welche Erfolgsfaktoren und Marktstrategien erfolgsversprechend sind, darüber informiert das Umweltbundesamt (UBA) in einer aktuellen Veröffentlichung. Der Leitfaden "Export Umwelttechnik - Ein Kursbuch für deutsche Umweltunternehmen" beschreibt einzelne Schritte auf dem Weg in ein erfolgreiches Auslandsengagement. .. neben den interessantesten Zielmärkten für Umweltunternehmen auch die Möglichkeiten, aus der Vielzahl der Förderprogramme die geeigneten herauszufiltern.

Die Leistungsfähigkeit der deutschen Umweltschutzindustrie genießt weltweit einen hervorragenden Ruf. Der Exportanteil für Umweltschutzgüter und -dienstleistungen liegt jedoch deutlich unter den hohen Exportquoten im verarbeitenden Gewerbe. Dies lässt erwarten, dass im Export ein erhebliches Entwicklungspotenzial für die durch kleine und mittlere Unternehmen geprägte Umweltschutzbranche besteht. Die Umweltschutzmärkte gelten in vielen Teilen der Welt als Wachstumsmärkte. Auf dem Weltgipfel in Johannesburg im Jahr 2002 war wiederholt bekräftigt worden: Viele Umweltprobleme kennen keine Grenzen, Umweltschutz ist eine globale Aufgabe. Die mit gewachsenem Umweltbewusstsein einhergehende Globalisierung der Umweltprobleme führt weltweit zu steigender Nachfrage nach Umwelttechnik und Umweltschutzdienstleistungen. Daraus ergeben sich Chancen für deutsche Anlagenhersteller und Dienstleister.

Die Exportförderung im Umweltsektor hilft, unsere Verantwortung für den globalen Umweltschutz wahrzunehmen. Sie stärkt den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Die Bundesregierung erweitert derzeit die Unterstützung für kleine und mittlere Unternehmen, die auf ausländischen Märkten Fuß fassen wollen. In der Außenwirtschaftsoffensive - "Weltweit aktiv" - bildet die Vermarktung innovativer und umweltfreundlicher Techniken einen Schwerpunkt. Die UBA-Veröffentlichungen ergänzen diese Aktivitäten. Die Publikation "Export Umwelttechnik - Ein Kursbuch für deutsche Umweltunternehmen" ist kostenlos erhältlich beim Umweltbundesamt, ZAD, Postfach 33 00 22, 14191 Berlin (Postkarte), e-Mail: info@umweltbundesamt.de.

Informationen zum Umwelttechniktransfer gibt es im Internet unter der Adresse:

<http://www.cleaner-production.de>

UBHTML: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2004/pd04-056.htm>

PDF: <http://www.umweltdaten.de/uba-info-presse/pi04/pd04-056.pdf>

Berlin, den 15.06.2004 **"Wärmeinsel-Effekt". Die Stadt als Treibhaus
Flächenversiegelung und Abwärme beeinflussen das Stadtklima**

In Großstädten ist es fast immer wärmer als im Umland. Im Jahresmittel pendelt sich diese Differenz bei ein bis zwei Grad ein. An vielen Tagen kann sich die Temperatur aber auch um sechs Grad und mehr unterscheiden - das ist deutlich spürbar und erschwert vielen Bewohnern im Sommer das Leben. Dieser "Wärmeinsel-Effekt" hat verschiedene Ursachen; sie sind alle auf die Besonderheit der Stadt zurückzuführen. In Städten leben Menschen, sie bewegen sich, sie arbeiten, sie produzieren und sie verbrauchen Energie. Hier hat sich der Mensch ein spezielles Umfeld geschaffen: Statt Wiesen und Wäldern dominieren Straßen und Häuser. Das beeinflusst das lokale Klima ganz wesentlich.

Wo der Mensch baut, ist der Boden versiegelt. Das Regenwasser verschwindet rasch in der Kanalisation, statt zu verdunsten oder im Boden gespeichert zu werden. Besonders an heißen Tagen fühlen wir diesen Mangel an Luftfeuchtigkeit deutlich. Und in Städten sind die Nächte wärmer als draußen im Grünen, weil die massigen Gebäude und der Asphalt sich tagsüber aufheizen und die gespeicherte Wärme abgeben.

Das hat auch Auswirkungen auf die Pflanzen. Der Wärmeinsel-Effekt verlängert die Vegetationszeit. Studien zeigen: Viele Pflanzen beginnen in der Stadt um bis zu zehn Tage eher zu blühen. Auch Pflanzen - sogenannte Neophyten - die gewöhnlich in wärmeren Regionen gedeihen, finden hier ökologische Nischen. So kann es vorkommen, dass die Artenvielfalt in Großstädten höher ist, als im Umland.

Je wärmer es ist, desto mehr Energie verbrauchen wir wiederum für Kühlung. Wir öffnen unsere Kühlschränke häufiger, wo kalte Getränke auf uns warten. Auch Klimaanlage sind zu einer fast selbstverständlichen Ausstattung in Büros und Geschäftsräumen geworden. Viele neue Gebäude sind ohne Luftkühlung sogar kaum noch benutzbar. Vor allem in Hochhäusern und in Bauten mit Glasfassaden muss die Raumtemperatur mit großem Energieaufwand gesenkt werden. Dabei produzieren die Kühlaggregate aber nicht nur kalte Luft, sondern auch Wärme, die sie an ihre Umgebung abgeben. In großen Städten wird diese Abwärme zu einem immer bedeutenderen Faktor.

Besonders ausgeprägt ist der Wärmeinsel-Effekt im Winter und an heißen Sommertagen. Vor allem die fehlende Abkühlung in der Nacht ist für viele Menschen unangenehm und belastend. Hitze ist aber mehr als nur eine Frage des Wohlbefindens - ausführliche Studien haben gezeigt, dass bei Temperaturen ab etwa 24 °C die Zahl der Todesfälle stark ansteigt. Davon sind Säuglinge, Kranke und alte Menschen besonders betroffen.

Was lässt sich tun, um dieser immer deutlicheren Ausprägung des Stadtklimas zu begegnen? Zunächst kann sich jede und jeder bemühen viel zu trinken, heiße Räume zu meiden und möglichst leichte Kleidung zu tragen. Stadtplaner müssen darauf achten, Grünschnitten zu schützen oder neu zu schaffen, die kühle Luft aus der Umgebung in die City bringen. Die Architekten können durch Auswahl geeigneter Materialien, optimierte Gebäudeausrichtung, sowie durch Beschatten und Begrünen von Häusern der Hitze entgegenwirken. Und schließlich kann bei der Effizienz von Kühlaggregaten noch viel getan werden. Auch ihre Abwärme kann durch Adsorptionsprozesse für die Kälteerzeugung genutzt werden, ähnlich wie es von der Kraft-Wärme-Kopplung bekannt ist. Das macht die Klimaanlage fast doppelt so effizient - und heiße Luft, die dann mühsam wieder abgekühlt werden muss, fällt kaum noch an.

PDF: <http://www.umweltdaten.de>

=====

Ende des newsletter/d/69

Alle Angaben ohne Gewähr. Alle Informationen in diesem Newsletter wurden sorgfältig recherchiert. Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit der gemachten Angaben übernommen werden.

Wenn Sie den newsletter/deutsch nicht mehr erhalten wollen, mailen Sie bitte "Unsubscribe newsletter/deutsch" in der Betreffs-zeile an info@safer-world.org

Ingrid Scherrmann

Fuchsfeldstr. 50, D-88416 Ochsenhausen,
phone: + 49 7352 940529,
email: info@safer-world.org , web: <http://www.safer-world.org>
SAFER WORLD ist ein privates unabhangiges internationales
Internet-Netzwerk fuer eine gesuendere Umwelt